

Zeitschrift: Mittex : die Fachzeitschrift für textile Garn- und Flächenherstellung im deutschsprachigen Europa

Herausgeber: Schweizerische Vereinigung von Textilfachleuten

Band: 96 (1989)

Heft: 8

Rubrik: Volkswirtschaft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 31.03.2025

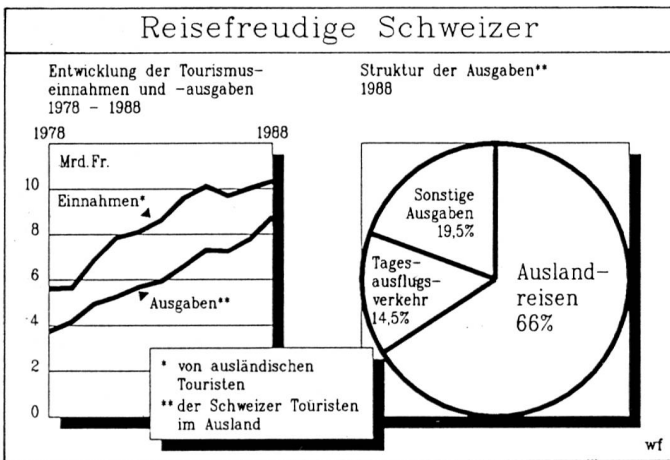
ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Volkswirtschaft

Abnahme bewilligungspflichtiger Arbeitszeiten in der Industrie

Im vergangenen Jahr wurden 3563 Ausnahmegewilligungen für besondere Arbeitszeiten in der Industrie erteilt, 147 (4%) weniger als 1987. Unter die Bewilligungspflicht fallen jene Arbeitszeiten, welche laut Arbeitsgesetz ausserhalb der normalen täglichen Arbeitszeiten liegen. 1988 entfielen 1507 Bewilligungen (42,3%) auf zweischichtige Tagesarbeit, 767 (21,5%) auf dreischichtige Arbeit und 530 (14,9%) auf Verschiebung der Grenzen der Tagesarbeit. Ausserdem erfolgten 370 Bewilligungen für ununterbrochenen Betrieb, 198 für Nacharbeit und 191 für Sonntagsarbeit. Die Anzahl beteiligter Arbeitnehmer blieb mit 109457 praktisch konstant. Die Mehrzahl von ihnen (76,6%) unterlag hierbei einer Verschiebung der Grenzen der Tagesarbeit. (Quelle: «Die Volkswirtschaft» 6/89)

Langfristiger Aufschwung der Tourismuswirtschaft



Traditionellerweise wenden die ausländischen Touristen in der Schweiz insgesamt mehr finanzielle Mittel auf als die Schweizer Touristen im Ausland. Der entsprechende, volkswirtschaftlich bedeutsame Einnahmenüberschuss der Fremdenverkehrsbilanz betrug im vergangenen Jahr rund 1,6 Mrd. Fr. Doch lag dieser Aktivsaldo infolge der stark gestiegenen Reisefreudigkeit der Schweizer erheblich tiefer als in den Vorjahren. Die Schweizer gaben 1988 im Ausland rund 8,8 Mrd. Fr. für touristische Zwecke aus, 960 Mio. (12%) mehr als im entsprechenden Vorjahr. Den grössten Anteil machten hierbei die Auslandsreisen aller Art mit mindestens einer Übernachtung aus, für welche 5,8 Mrd. Fr. aufgewandt wurden. In diesen Zahlen widerspiegelten sich sowohl die Zunahme der Anzahl Auslandsreisen um 7,5% als auch der anhaltende Trend nach weiter entfernten Destinationen. Darüber hinaus flossen 2,9 Mrd. Fr. in den Tages- und Transitverkehr sowie in die internationalen Personentransporte. Schliesslich gaben die Schweizer im eigenen Land schätzungsweise 6,6 Mrd. Fr. für Ferien und Ausflüge aus, was etwa dem Vorjahresergebnis entsprach.

(Quelle: «Wirtschaftsspiegel» 5/89)

Zur Teuerungsentwicklung in Europa

Das Jahr 1988 sowie die erste Hälfte des laufenden Jahr es waren neben dem anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung in Europa von einer sich deutlich beschleunigenden Teuerung geprägt. In der EG belief sich die Jahresteuern im April 1989 im Schnitt auf 5,1%. Vor Jahresfrist betrug derselbe Wert lediglich 3,4%. Die Prognosen für das laufende Jahr sprechen zudem von einer Jahresrate von über 4%. In der Schweiz ist eine im Prinzip parallele Entwicklung beobachtbar, mit dem Unterschied, dass sie auf etwas tieferem Niveau verläuft. Eine kürzlich veröffentlichte Analyse der Kommission der Europäischen Gemeinschaft (1) versucht die Entwicklungslinien der Teuerung aufzuzeichnen und insbesondere ihren Bestimmungsfaktoren nachzugehen.

Einfuhrpreise und Liquidität

Gemäss der Analyse sind die Einfuhrpreise im Vorfeld der letzten grossen Inflationsschübe der 70er Jahre jeweils abrupt in die Höhe geschneit. Umgekehrt trug ihr Rückgang in den Jahren 1986 und 1987 wesentlich zur Reduktion der Inflation bei. Der gegenwärtig zu beobachtende Anstieg (Rohstoffpreise, Währungsentwicklung) ist wohl nicht als Explosion zu bezeichnen, er trägt aber dennoch wesentlich zur Beschleunigung der Teuerung bei. Als zweite Hauptursache wird die Liquiditätsquote genannt, die sich in der Gemeinschaft seit dem Jahre 1985 stark erhöht hat, insbesondere 1987 war eine relativ grosse Ausdehnung der Geldmenge zu beobachten. Die Geldpolitik ist inzwischen zwar deutlich restriktiver geworden. Diese verschärfte Gangart wird allerdings erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung wirksam.

Die anderen untersuchten Einflussfaktoren sind dagegen von geringerem Gewicht. Die indirekten Steuern lösen gegenwärtig in der EG wohl einen gewissen Preisanstieg aus, wobei es sich allerdings um einen einmaligen Impuls handelt. Es besteht jedoch auch da die Gefahr, dass die gefürchtete Inflationsmentalität gefördert wird. Die an sich sehr zentralen Lohnstückkosten wachsen aufgrund eines mässigen Anstiegs der Nominallöhne sowie eines relativ hohen Produktivitätswachstums gegenwärtig langsamer als während der letzten inflationären Phasen. Dabei gilt es allerdings zu bedenken, dass ein reduziertes Wachstum in aller Regel auch eine reduzierte Produktivität zur Folge hat, was die Lohnstückkosten dann in die Höhe treiben müsste.

Der Nachfragedruck schliesslich ist zur Zeit wohl recht hoch, aber seine inflationstreibende Wirkung bleibt vorerst beschränkt. Die sehr hohe Kapazitätsauslastung in der EG ist mit relativ hohen Kapitalrentabilitäten gepaart, wodurch der Anreiz zu weiteren Investitionen gross ist. Kapazitätsengpässe, welche letztlich die Inflation antreiben, dürften sich so wohl vermeiden lassen. Im personellen Bereich ist aufgrund der nach wie vor hohen Arbeitslosenraten grundsätzlich noch erheblicher Spielraum für eine Angebotsausdehnung vorhanden.

Vorbeugen statt heilen

Zusammenfassend hält die Analyse fest, dass der Desinflationsprozess zum Stillstand gekommen ist. Zwar ist keine Explosion der Inflation zu erwarten, aber eine schleichende Zunahme der Teuerung wird als denkbar erachtet. Die Gefahr, dass eine Inflationsmentalität entsteht, welche den Prozess beschleunigen könnte, ist dennoch vorhanden. Daher ist dem EG-Bericht zuzustimmen, wenn er eine möglichst frühzeitige Bekämpfung der Inflation postuliert. Sind die Inflationsraten schon hoch, ist eine ausgeprägt restriktive

tive Geldpolitik vonnöten, um die Entwicklung wieder in den Griff zu bekommen. Je höher der Restriktionsgrad der Geldpolitik jedoch ist, desto grösser ist die Gefahr einer Übersteuerung und eines Abwürgens des Aufschwunges. Die Kosten der Inflationsbekämpfung sind in diesem Falle wesentlich höher als bei rechtzeitigen geldpolitischen Interventionen.

Peter Morf

(1) «Inflation – derzeitige Lage und kurzfristige Aussichten». In: «Europäische Wirtschaft», Beiheft A, Nr. 4, April 1989.

Zukunftsperspektiven der Exportwirtschaft

Die schweizerische Volkswirtschaft erwirtschaftet einen substantiellen Anteil ihrer Wertschöpfung im Austausch mit dem Ausland. Darunter fallen Exporte und Importe von Gütern, Dienstleistungen, Wissen und Kapital, Direktinvestitionen schweizerischer Unternehmen im Ausland sowie neuere Formen der Internationalisierung der Wirtschaftsbeziehungen (wie Verbund- und Rückkaufgeschäfte oder Joint-ventures). Auch wenn augenblicklich die Aussenwirtschaftstätigkeit äusserst rege verläuft, kann nicht unbedenken von einer problemlosen Aufrechterhaltung dieses Trends auch in der Zukunft ausgegangen werden. Vielmehr unterliegt die Exportwirtschaft zahlreichen Unwägbarkeiten im In- und Ausland, welche sowohl die Unternehmen als auch die beteiligten staatlichen Instanzen zur ständigen Wachsamkeit, fortwährender Anstrengung und enger Zusammenarbeit gemahnen. Dazu gehören neben dem weltweiten Konjunkturverlauf und dem international geförderten technischen Fortschritt die Entwicklung des handelspolitischen Klimas, die Bildung relativ homogener Wirtschaftsräume, die Globalisierung vieler Märkte, das Auftreten neuer Konkurrenten sowie die Risiken von seiten der internationalen Finanzströme und der Verschuldungssituation. Diesen Herausforderungen lässt sich am ehesten begegnen, wenn die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft bei stabilen politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen möglichst hochgehalten wird und gleichzeitig eine Aussenhandelspolitik zur Anwendung gelangt, welche der Exportwirtschaft eine Anpassung an die veränderten Marktbedingungen erleichtert.

Elemente der Stärkung der internationalen Wettbewerbskraft

Die Wahrung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit gründet auf dem effizienten Einsatz der Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Wissen seitens der Unternehmen und auf dem Gewähren günstiger fiskalischer und regulatorischer Rahmenbedingungen sowie infrastruktureller Vorleistungen durch den Staat (z. B. Verkehrswege, Telekommunikationseinrichtungen und praxisnahe Forschungs- und Bildungsinstitutionen). Bezüglich der Effizienzsteigerung der Marktleistungen haben die Unternehmen – nicht zuletzt als Folge der Krisentendenzen der siebziger Jahre – erhebliche Anstrengungen unternommen. Dazu zählen Produkteinnovationen, kostengünstigere Produktionsverfahren und Mehranstrengungen in den Bereichen Organisation, Marke-

ting und Absatz. Erleichternd wirken die gegenwärtig reichlich vorhandenen finanziellen Ressourcen zur Vornahme entsprechender Investitionen. Aber auch die Internationalisierung von Produktion und Absatz wird erheblich vorangetrieben, um den ausländischen Märkten mit ihren spezifischen Eigenheiten näher zu sein. Diese Tendenz verstärkt sich angesichts der zunehmenden Bildung homogener Wirtschaftsräume wie der Europäischen Gemeinschaft zunehmend. Von entscheidender Bedeutung ist hierbei einerseits die ausreichende Information über die Veränderungen des globalen Marktumfelds im Ausland (z. B. seitens entsprechender Wirtschafts- und Branchenverbände sowie Informationszentren). Andererseits das Eingehen der schweizerischen Aussenhandelspolitik auf die wirtschaftlichen Interessen und Forderungen unserer Handelspartner. Es geht vor allem um die (mit manchen praktischen Schwierigkeiten verbundene) Förderung des Freihandels im Rahmen des GATT und – darin eingebunden – um die Wahrung einer anpassungsorientierten Eigenständigkeit der Schweiz innerhalb des europäischen Wirtschaftsraumes. Sie bedient sich hierbei verschiedener handelspolitischer Instrumente, die aus autonomen Massnahmen (Beispiel Exportrisikogarantie), bilateralen Abkommen und multilateralen Vereinbarungen, z. B. mit der OECD, der Freihandelsassoziation (EFTA) und der Europäischen Gemeinschaft (EG) bestehen.

In Zukunft wird die Hauptaufgabe der schweizerischen Exportwirtschaft und -politik darin liegen, den Veränderungen des weltwirtschaftlichen Umfelds umfassend Rechnung zu tragen. Das Hauptaugenmerk kommt hierbei der Tatsache zu, dass die Schweiz ihren hohen wirtschaftlichen Leistungsstandard zwar bisher auf vielen Gebieten beibehalten konnte, in den konkurrierenden Volkswirtschaften jedoch – etwa durch supranationale Annäherungen – ständig bessere Rahmenbedingungen geschaffen werden. So gilt es denn auch in Zukunft die notwendigen Anstrengungen zu unternehmen, um weiterhin Produkten und Dienstleistungen mit möglichst hohem Wertschöpfungsgehalt den internationalen Marktzugang verschaffen zu können.

Martin Leber

Warten und warten lassen

Jedermann sieht sich mehr oder weniger häufig in die Lage versetzt, warten zu müssen: auf die Strassenbahn, bei Verkehrsampeln, beim Einkaufen, an einem Billettschalter, auf die Bedienung im Restaurant, bei Verabredungen mit Ärzten und Rechtsanwältinnen usw. Diese an sich banale, aber meist unangenehme Situation ertragen wir manchmal sehr gutmütig, manchmal aber auch höchst ungeduldig. Besonders unangenehm wirkt die heute nicht selten auftretende Erfahrung, in einer bestimmten, sich regelmässig wiederholenden Situation ständig noch länger warten zu müssen.

Wer wann und wo wie lange warten muss oder andere warten lassen darf, ist manchmal Teil eines Machtspiels und unterliegt als solches strengen Regeln und psychologischen Gesetzmässigkeiten.

Zeit ist Geld

Die aus Amerika übernommene Kurzform «Time is money» stellt die Grundregel für das Warten dar, aus der sich alle weiteren ableiten lassen. In der Regel werden wir für eine genau

festgelegte Arbeitszeit bezahlt, müssen Dienstleistungen im Stundenansatz honorieren, und die Kosten eines Fernsehwerbespots berechnen sich sogar pro Sekunde. Durch eine merkwürdige intellektuelle Verarbeitung haben wir den abstrakten Begriff Zeit auf den höchst konkreten Begriff Geld reduziert.

Weil Zeit Geld ist, unterliegt sie den ökonomischen Gesetzmässigkeiten. Je grösser die Nachfrage und je geringer das Angebot, desto länger muss man warten, beispielsweise am Kartenschalter für ein begehrtes Konzert, im Stau auf der Autobahn oder im Wartezimmer eines renommierten Arztes.

Wenn die Nachfrage das Angebot bei weitem übersteigt, können die Kosten der Wartezeit höher als der ursprüngliche Kaufpreis des betreffenden Produktes sein, was dann weitgehend dessen Marktwert bestimmt. In Ostblock-Ländern etwa lässt sich die Beobachtung machen, dass Leute manchmal stundenlang für einen bestimmten Artikel anstehen; wenn sie schliesslich an die Reihe kommen, kaufen sie ihn unbesehen und verkaufen ihn dann, nach Heraustreten aus dem Geschäft, sofort zu einem durch die ausgestandene Wartezeit bestimmten Schwarzmarktpreis.

Warten erhöht aber nicht nur den Handelswert, sondern auch den psychologischen Wert einer Ware. Je mehr Aufwand wir für etwas leisten, desto grösser ist auch das Bedürfnis, diesen Aufwand vor sich selbst zu rechtfertigen. Ist dagegen etwas zu leicht erhältlich, so kann dies sogar den Spass daran verderben.

Sozialstatus und Wartezeiten

Je wichtiger jemand ist, desto grösser ist auch die Nachfrage nach seiner Zeit, deren Wert dann höher eingeschätzt wird als die Zeit gewöhnlicher Leute. Wie alle wertvollen Güter, wird auch die Zeit wichtiger Leute geschützt, beispielsweise durch Anmeldeprozeduren, Vorzimmer und Terminkalender. Derjenige mit dem höheren Sozialstatus darf den anderen warten lassen, aber ja nicht umgekehrt. Ein Professor kann seine Studenten ruhig etwas warten lassen. Die Zeit des Professors dagegen darf nicht verschwendet werden, obwohl er zur Betreuung der Studenten bezahlt wird – und nicht etwa umgekehrt die Studenten für die Beschäftigung des Professors.

Nicht nur Kleider, auch Wartelisten machen Leute. Je weiter im voraus ein Besprechungstermin bei jemandem abgemacht werden muss, desto wichtiger erscheint die betreffende Persönlichkeit. Als Folge davon wird die Nachfrage nach seiner Zeit noch grösser und seine Warteliste noch länger. In Samuel Becketts Stück «Warten auf Godot» beispielsweise liegt der Wert von Godot darin begründet, dass auf ihn gewartet wird.

Die Stellung des Wartenden wird vor allem dann deutlich, wenn es beispielsweise während einer Unterredung, auf die man lange warten musste, plötzlich klingelt, der Gesprächspartner seelenruhig telefonierte, die Unterredung dadurch den Faden verliert und dann möglichst schnell beendet wird. Der Höhergestellte signalisiert eigentlich dadurch seinem Besucher: «Sie sind weniger wichtig als derjenige, mit dem ich eben telefonierte, und weniger wichtig als das, was ich jetzt zu tun habe.»

Ganz privilegierte Leute warten überhaupt nicht. Sie bekommen spezielle Bedienung und können das Warten an ihre Untergebenen delegieren. Die dadurch gewonnene Zeit gestattet es ihnen, noch mehr Geld zu verdienen und damit noch mehr spezielle Dienste zu erkaufen.

Zeitstehlen als Machtfaktor

Höherer Sozialstatus gibt nicht nur die Möglichkeit, die eigene Zeit freier zu benutzen, sondern auch die Macht, die Zeit anderer zu kontrollieren. Über die Zeit anderer verfügen zu können, symbolisiert höchste Macht, denn Zeit lässt sich nicht ersetzen, wenn sie verstrichen ist. Die Jugendsekten beispielsweise haben ein neues Mitglied dann in ihrer Gewalt, sobald es ihnen gelungen ist, ihm seine Zeit zu stehlen. Deshalb beginnen sie immer an dieser symbolträchtigen Stelle.

Ein weiterer Aspekt des Zeitstehens als Machtfaktor tritt dann in Erscheinung, wenn ein kleiner Angestellter oder Beamter, der sonst immer unten durch muss, kraft seines Amtes in die Lage versetzt wird, andere warten lassen zu können. Es ist verständlich, dass er diese Gelegenheit ab und zu ergreift und diese Macht dann ausgiebig geniesst.

Warten in der Arztpraxis

Psychologisch aufschlussreich ist auch die Art und Weise, wie man jemanden warten lässt. In emsigen Arztpraxen beispielsweise wird man häufig nicht einmal persönlich empfangen, sondern Anschriften geben dem Patienten zu verstehen, er sollte klingeln, eintreten und sich ins Wartezimmer begeben. Zum Überbrücken seiner Wartezeit findet er dann meist ein paar alte, abgegriffene Zeitschriften, aber kaum die Zeitung des Tages oder sonst etwas Aktuelles. Dadurch signalisiert der Arzt eigentlich seinem Patienten: «Als Lesestoff für Sie ist das, was ich und meine Familie vor ein paar Monaten gelesen haben, noch lange gut genug.» Vielleicht aber soll der Patient nicht davon abgehalten werden, den gerahmten Diplomen und allfälligen Auszeichnungen seines Arztes die gebührende Beachtung zu schenken. Sind viele Leute im Wartezimmer, so wird die trostlose Situation auch nicht besser, denn man unterhält sich kaum miteinander, sondern achtet gespannt darauf, dass die Reihenfolge eingehalten wird und sich ja niemand vordrängt. Am besten kommt in dieser Situation wohl der weg, der sich zum vornherein auf längeres Warten einstellt und seine Lektüre selber mitbringt.

Warten in der Geschäftswelt

Ganz anders als in Arztpraxen lässt man in der Geschäftswelt seine Kunden warten. Die Fluggesellschaften beispielsweise haben für ihre Erstklass- und Businesspassagiere spezielle Warteräume mit den neuesten Tageszeitungen und Zeitschriften sowie einem reichhaltigen Angebot an Getränken. Bei unplanmässigen Wartezeiten wird üblicherweise auch allen übrigen Passagieren ein Getränk oder eine Zwischenmahlzeit offeriert.

Wie überall im Leben, wird in der Geschäftswelt ein Warten der ganz unterschiedlich behandelt, und zwar je nachdem, um wen es sich handelt. Aber auch einen Vertreter, der ja etwas verkaufen will, empfängt man meistens freundlich und nicht von oben herab. Kann er zur vereinbarten Zeit noch nicht vorgelassen werden, erhält er manchmal sogar eine Tasse Kaffee, oder die Empfangsperson hat wenigstens Zeit, etwas zu plaudern. Rituale dagegen, die einem zu verstehen geben, man müsse froh und dankbar sein, dass man überhaupt kommen dürfe, sind in der Geschäftswelt weniger üblich.

Zeit haben als wertvolles Geschenk

Warten hat durchaus auch positive Seiten. In einer Gesellschaft, in der Zeit Geld bedeutet, stellt es eine besondere Gunst dar, freiwillig zu warten. Auf etwas, das man besonders schätzt, wartet man ab und zu ganz gerne. Tritt das betreffende Ereignis ein, dann ist es um so wertvoller, denn man hat schliesslich einiges an Zeit dafür investiert.

Ein Opfer an Zeit lässt sich schliesslich auch als Respekt-erweisung erbringen, beispielsweise gegenüber einem verstorbenen Staatsmann, indem man stundenlang ansteht, um sich ins Kondolenzregister einzutragen, oder auch gegenüber einem Familienmitglied, indem man Totenwache hält.

Im täglichen Leben ist es unvermeidlich, dass man ab und zu warten muss. Hält man sich aber die geschilderten Zusammenhänge vor Augen und betrachtet das Warten als Teil eines Machtspiels, so kommt man mit solchen Situationen besser zurecht und findet dazu philosophische Distanz. Gleichwohl: Jedemal, wenn man einen Mitmenschen warten lässt, sollte man daran denken, dass man selber wohl auch lieber etwas anderes tun würde, als warten zu müssen.

Aus dem «Wochenbericht» der Bank Julius Bär

Der Bund als Einkäufer

Im Jahre 1988 erreichten die Einkäufe des Bundes und seiner Regiebetriebe (ohne Bauleistungen) den Betrag von 7,3 Milliarden Franken. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen Zuwachs von 1,1 Milliarden oder rund 18 Prozent. Von diesem Betrag flossen mehr als 6 Milliarden in die schweizerische Wirtschaft. Der Einkauf wird abgewickelt über 20 zentrale Einkaufsstellen mit rund 400 spezialisierten Einkäufern und Einkäuferinnen.

Die Beschaffungspolitik ist in der Einkaufsverordnung des Bundesrates festgelegt. Ein wichtiger Grundsatz besteht darin, dass der Einkauf im Wettbewerb zu erfolgen hat. Die Einkäufer haben jeweils mehrere Offerten einzuholen und zu vergleichen. Grössere Beschaffungen, die unter die EFTA- oder GATT-Abkommen fallen, werden auch öffentlich ausgeschrieben. Für die Auftragsvergabe entscheidet schliesslich das beste Verhältnis zwischen Preis und Leistung.

Jede Unternehmung im In- und Ausland hat die Möglichkeit, die zuständige Einkaufsstelle des Bundes über ihr Angebot zu informieren und sich für künftige Offertanfragen zu empfehlen.

Mit dem Ziel, den Bundeseinkauf einer weiteren Öffentlichkeit vorzustellen, hat die Kommission für Einkaufsfragen des Bundes eine Broschüre herausgegeben. Darin werden die Einkaufsgrundsätze und die Einkaufsorganisation vorgestellt. Sie kann bei der Eidg. Drucksachen- und Materialzentrale bezogen werden. Für weitere Auskünfte über das Einkaufswesen steht das Sekretariat der Kommission für Einkaufsfragen zur Verfügung (Tel. 031 / 61 61 89).

EIDGENÖSSISCHES FINANZDEPARTEMENT
Presse- und Informationsdienst

Weiteres Wachstum der Sozialwerke

Die Sozialversicherungen der Schweiz verzeichneten im Jahre 1987 Einnahmen von insgesamt 36 Mrd. Fr., rund 1,9 Mrd. (5,4%) mehr als im Jahr zuvor. Davon stammten 74,9% von Beiträgen der Versicherten und Arbeitgeber, 21,2% von der öffentlichen Hand und 3,9% von Zinsen und übrigen Einnahmen. Diese Beträge umfassen die AHV/IV (inklusive Ergänzungsleistungen), die anerkannten Krankenkassen, die Unfallversicherung, die Militärversicherung, die Erwerbsersatzordnung, die Arbeitslosenversicherung, die Familienzulagen für landwirtschaftliche Arbeitnehmer sowie die kantonalen Familienausgleichskassen. Hingegen ist die berufliche Vorsorge in diesen Zahlen nicht enthalten. Das

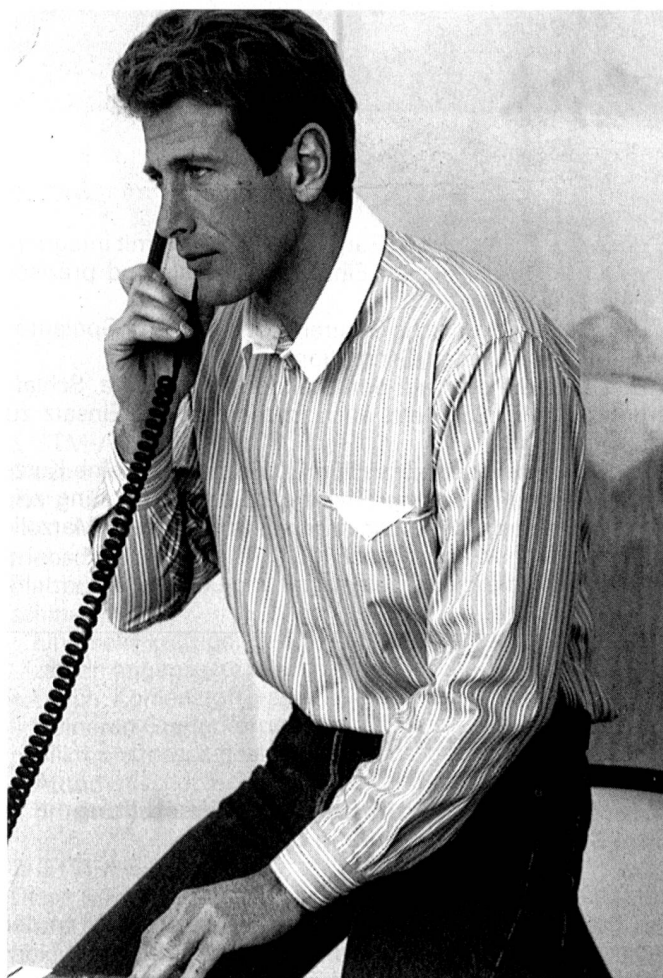
Bruttoinlandprodukt (BIP) wies 1987 einen Wert von nominell rund 255 Mrd. Fr. auf. Die Aufwendung für die nicht-betriebsgebundenen Sozialversicherungen beanspruchten somit 14,1% der gesamten Wirtschaftsleistung der Schweiz, 0,1 Prozentpunkte mehr als 1986.

Die Ausgaben der Sozialversicherungen beliefen sich dagegen 1987 auf rund 34,5 Mrd. Fr., 1,5 Mrd. (4,6%) mehr als 1986. Die AHV beanspruchte mit 15,7 Mrd. (45,5%) den grössten Anteil an den Ausgaben. Es folgten die anerkannten Krankenkassen mit 9,6 Mrd. (27,9%), die IV mit 3,3 Mrd. (9,5%) und die Unfallversicherung (SUVA) mit 2,5 Mrd. (7,3%). Die Ausgaben der übrigen Sozialversicherungen (Anteil: 9,8%) lagen jeweils unter 1 Mrd. Fr.

Quelle: «Zahlenspiegel der sozialen Sicherheit in der Schweiz», Ausgabe 1989

Mode

Viscosuisse SA CH-6020 Emmenbrücke



Als Kontrast zu den zartkolorierten Längsstreifen stehen der weisse Kragen und die weisse Taschenleiste am Meryl-Herrenhemd mit Baumwoll-Beimischung.

Modell: «Marc Thombard», Metzler & Co. AG,
CH-9436 Balgach

Fotograf: Robert Baumann/Max Kellenberger,
CH-6003 Luzern